

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Juni 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 294 Anfrage Bucher Markus und Mit. über die Auswirkungen des Personalausbaus auf die allgemeinen Verwaltungskosten / Finanzdepartement

Markus Bucher ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt keine Diskussion.

Markus Bucher: Die kompetente Antwort des Regierungsrates zeigt klar auf, welche Folgen der aus meiner Sicht aus dem Ruder gelaufene Personalausbau hat. Die rund 1000 zusätzlichen Stellen in den letzten fünf Jahren haben etwa 100 Millionen Franken pro Jahr an direkten Personalkosten zur Folge. 1000 Stellen gerechnet mit durchschnittlich 100 000 Franken an direkten Lohnkosten inklusive indirekte Lohnkosten wie Sozialleistungen, Weiterbildung usw. ergeben 100 Millionen Franken. Lassen Sie sich diese Zahl auf der Zunge zergehen: 100 Millionen Franken Zusatzausgaben pro Jahr. Was man nur schon mit einem Teil dieses Geldes alles machen könnte. Aber damit nicht genug. Die Antwort zeigt auf, dass auch noch indirekte Kosten dazu kommen, eine hohe zusätzliche Summe. Denn logischerweise bedeutet eine Personalaufstockung in den Dienststellen auch immer zusätzlichen Verwaltungsaufwand und somit zusätzliches Personal in den zentralen Diensten: Personalverwaltung mit Lohnabrechnung, Unterstützung bei Stellenausschreibungen oder der IT-Unterstützung bei der Einführung, Hotline, Hilfe bei Computerproblemen usw. Also ein Teufelskreis, denn wegen mehr Personal braucht es mehr Personal inklusive zusätzlichem Führungspersonal. Aus der Antwort entnehmen wir auch, dass daneben für jeden einzelnen zusätzlichen Mitarbeitenden, auch Teilzeit, allgemeine Aufwände anfallen wie persönlicher Laptop, Softwarelizenzen, Büroausstattung usw. Im Weiteren kommt die Miete von Arbeitsplätzen inklusive Mobiliar und Zusatzinfrastruktur dazu. Wie hoch die zusätzlichen Mietkosten für die 1000 Mitarbeitenden sind, geht zwar aus der Antwort nicht direkt hervor, aber nur schon, dass wir die Reservearbeitsplätze in der Kantonalen Verwaltung am Seetalplatz (KVSE) in den nächsten Jahren nicht wie geplant vermieten können, sondern bereits die gesamte Reserve für unser eigenes Personal benötigt wird, bringt uns direkte Mindereinnahmen von fast 1 Million Franken pro Jahr. Denken Sie daran, wenn Sie in Zukunft zusätzliche Stellen genehmigen: Es geht nicht nur um direkte Lohnkosten, sondern Sie generieren damit auch zusätzliche indirekte Kosten und treiben eine gefährliche Kosten-Personal-Spirale an. Ich hoffe, dass wir die Phase mit dem exzessiven Personalausbau hinter uns lassen und im nächsten Aufgaben- und Finanzplan (AFP) keine zusätzlichen, bisher ungeplanten Stellen antreffen werden.

Maria Pilotto: Mir bleibt etwas die Spucke weg und ich würde sehr gerne wissen, ob auch ehemalige Personalvertretungen wie Inge Lichtsteiner-Achermann oder Verantwortliche aus

Gemeinden die Haltung von Markus Bucher gegenüber dem Personal teilen. Markus Bucher stellt fest, dass es beim Kanton in den letzten Jahren zu einem Personalanstieg kam. Die Gründe dafür sind vielfältig: Digitale Projekte, Übernahme von Musikschullehrpersonen zum Kanton, mehr Fachpersonen zur Erfüllung der Aufgaben im Asyl- und Flüchtlingswesen, Bevölkerungswachstum, unter anderem auch durch die Standortförderung und Ansiedlung von Unternehmen. Dank den Antworten wissen wir nun, wo welche Stellenanteile verbucht und ausgewiesen werden. Wir wissen, dass die Mitarbeitenden sogar sozialversichert sind und sie in den meisten Fällen einen Laptop und einen Schreibtisch erhalten, um ihre Arbeit zu tun. Ich stelle das etwas überspitzt dar, denn für mich ist das eine Selbstverständlichkeit. Der Synergienutzen von rund 9 Millionen Franken mit dem Einzug ins KVSE ist erfreulich. Jedoch sollte hier wie auch bei allen anderen Personalprozessen im Zentrum stehen, dass wir die notwendigen Mitarbeitenden einstellen, um die kantonalen Aufgaben umzusetzen und dass die Mitarbeitenden ihre Arbeit möglichst gut erledigen können. Dazu haben wir auch personalpolitische Grundsätze. Zum Beispiel soll die Personalpolitik das Potenzial der Angestellten nutzen und entwickeln, indem diese entsprechend ihren Eignungen und Fähigkeiten eingesetzt und gefördert werden. Darüber erfahre ich aus den weiteren Fragen und Antworten leider nicht viel. Statt die operativen Hintergrunddetails auseinanderzunehmen, sollten wir uns gemeinsam besser auf die grossen Herausforderungen im Personalwesen fokussieren. Das sind zum Beispiel attraktive Bedingungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die SP-Fraktion ist insbesondere über einen Satz gestolpert, der auch heute gefallen ist und der nicht zu den Grundsätzen der Personalpolitik passt. So wurde auf die Frage, was das Personalwachstum der vergangenen Jahre bedeutet, als erstes geantwortet, dass zusätzlich zum Stellenwachstum die steigende Anzahl von Teilzeitanstellungen einen Mehraufwand verursacht. Man hätte antworten können, dass das Personalwachstum eine gute und ausreichende Erfüllung der Aufgaben ermöglicht. Man hätte sich mit dem Thema Desksharing auseinandersetzen können. Es ist aber äusserst kontraproduktiv als erstes zu erwähnen, dass Teilzeitanstellungen einen Mehraufwand zur Folge haben.

Eva Lichtsteiner: Ein höherer Personalbestand, steigende Verwaltungskosten: Ein weiteres Wachstum ist prognostiziert. Es steht ausser Frage, dass die Entwicklung der Personalkosten nur eine Richtung kennt, nämlich nach oben. Markus Bucher führt das in seiner Anfrage konkret aus. In der Antwort der Regierung werden die generellen Angaben, Zahlen und Verrechnungsposten aufgedröselt, so dass mehrheitlich verständlich wird, was sich hinter gewissen Allgemeinplätzen verbirgt. Eindeutig ist auch der Ausblick: Die aktuell prognostizierte Anzahl Mitarbeitende für das Jahr 2026 zeigt erneut ein zusätzliches Wachstum von 5,3 Prozent gegenüber der bisherigen Hochrechnung 2026 auf total 2090 Mitarbeitende. Diese Entwicklung stimmt auch uns auf den ersten Blick nicht glücklich. Aber es ist wichtig, das Gesamtbild zu betrachten. Der Kanton Luzern kommt aus einer Sparvergangenheit, unter der unter anderem auch die Verwaltung gelitten hat. Die Situation hat sich in letzter Zeit erfreulicherweise verbessert, auch im Personalwesen. Das verursacht zwangsläufig höhere Kosten. Ein Nachholeffekt, der es den kantonalen Mitarbeitenden ermöglicht, ihre tägliche Aufgabe seriös erledigen zu können. Wir hören fast aus allen Departementen, dass gerade diese Aufgaben an Komplexität und Quantität zunehmen. Auch das führt zu einem höheren Personalbedarf. Im Jahresbericht konnten wir leider oftmals das Wort Fachkräftemangel lesen, weswegen wir sicher nicht schlecht beraten sind, in die Attraktivität des Arbeitsplatzes Kanton Luzern zu investieren und auf die Bedürfnisse von begehrten Arbeitnehmenden zu reagieren. Dazu gehört es auch, Teilzeitstellen anzubieten, die bei der Dienststelle Personal zu Mehrkosten führen. Es lohnt sich aber, diese in Kauf zu

nehmen, denn es ist besser, wenn jemand Teilzeit arbeitet als gar nicht. Mit dem Einzug in die KVSE können zudem Kosten gespart und Synergieeffekte erhöht werden, was positiv ist. All das soll nicht heissen, dass effiziente Arbeitsweisen nicht nötig sind, im Gegenteil. Die kantonale Verwaltung muss innovatives Arbeiten hoch beziehungsweise höher priorisieren, gerade auch im Hinblick auf die Digitalisierung. Für die Grüne Fraktion ist es deshalb insgesamt wichtig zu betonen, dass Effizienz nicht einfach bedeutet, Budgetdisziplin walten zu lassen, sondern der wachsenden Bevölkerung zuverlässige Dienstleistungen und dem kantonalen Personal attraktive Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Beide Punkte sind unter anderem an einen Personalausbau und somit höhere Verwaltungskosten gebunden.

Ruedi Amrein: Die Fragen wurden aus Sicht der FDP-Fraktion korrekt beantwortet. Die beiden ersten Fragen sind buchhaltungstechnischer Natur. Die Antworten zeigen, dass die Verwaltung diesbezüglich gut organisiert ist und die meisten Personalkosten den Dienststellen verrechnet werden. Die Personalfragen werden sinnvollerweise zentral bei einer Dienststelle geführt, was auch zu einer gemeinsamen Firmenkultur beiträgt. Bei der Dienststelle Informatik (DIIN) ist die entsprechende Infrastruktur beheimatet, auch das macht Sinn. In den letzten Jahren wurden etliche Stellen geschaffen, worüber unser Rat einige Male diskutiert hat. Es ist auch nicht verwunderlich, dass der Bestand bei der Dienststelle Personal gestiegen ist. Es hat sich gezeigt, dass Teilzeitstellen oder befristete Stellen im Bereich Asyl zu einem zusätzlichen Arbeitsaufwand führen. Bei Teilzeitstellen gilt es abzuwägen zwischen der Rekrutierung von Personal – die Attraktivierung der Stellen ist ja ebenfalls ein Argument – und den Kosten. Der Stellenanstieg war in den letzten Jahren enorm. Die Frage lautet, ob zusätzliche Stellen und bisherige Aufgaben auch hinterfragt werden. Wir versprechen uns jedoch viel von der Aufgabenprüfung, die sich zurzeit im Aufbau befindet.

Martin Wicki: Wir haben eindrückliche Zahlen gehört, die aber scheinbar nicht bei allen angekommen sind. 2024 betrug das Bevölkerungswachstum im Kanton Luzern über 2 Prozent. Im Kanton Luzern wurden aber trotz des Bevölkerungswachstums sage und schreibe 0 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet. Trotzdem stehen 5,3 Prozent zusätzliche Verwaltungsstellen in Aussicht. Diese Schere öffnet sich immer mehr. Unser Rat trägt aber auch Schuld daran, dass immer mehr Stellen benötigt werden. Heute haben wir beispielsweise ein Kita-Gesetz verabschiedet, das utopisch viel kostet, nichts nützt und sehr viele Stellen fördert. Das tut unser Rat immer wieder. Wir sollten unser Abstimmungsverhalten einmal hinterfragen.

Markus Bucher: Zum Votum von Maria Pilotto: Ich habe mich nicht über das Personal geäussert. Ich schätze die Arbeit jeder einzelnen Person, die für den Kanton arbeitet. Mir ging es darum unserem Rat aufzuzeigen, welche Gesamtkosten unsere Entscheide zur Folge haben.

Simone Brunner: Martin Wicki, wenn wir kein Kita-Gesetz hätten, dann wäre ich heute nicht hier und könnte keine Politik machen und meine Stimme einbringen. Es gibt auch andere Väter und Mütter, die auf das Kita-Gesetz angewiesen sind, um Politik machen und arbeiten zu können und so Geld zu verdienen.

Martin Wicki: Nicht das heute verabschiedete Kita-Gesetz ist falsch und dass wir eine Kita-Regelung haben. Aber viele Gemeinden haben bereits eine Regelung und sind zufrieden damit. Jetzt wird ihnen aber einfach etwas aufgedrängt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Markus Bucher ist mit unserer Antwort teilweise zufrieden, hat aber im ersten Satz auf unsere kompetente Antwort hingewiesen. Seine teilweise Zufriedenheit erschliesst sich mir daher nicht. Wir haben die Antworten sehr sachlich und nüchtern formuliert. Ob man das nun gut findet oder nicht, beispielsweise bezüglich Teilzeitarbeit, aber das ist einfach die

Realität. Das kann man gut finden oder nicht. Es nützt nichts, wenn man nichts sagt, aber stimmen tut es trotzdem.